

Der 24. April 2005 im Berliner Abgeordnetenhaus

Zum 90. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich haben die Armenier in Deutschland große Kraftanstrengungen unternommen, um ein Programm zusammenzustellen, das einmal mehr einer doppelten Anforderung nach einem angemessenen Gedenken der Armenier einerseits und nach einem nach außen, an die deutsche Öffentlichkeit gerichteten Appell für die politische Anerkennung und Verurteilung des Völkermordverbrechens gerecht wird. Schon seit einigen Jahren hat sich hierfür ein Format etabliert, das einen armenischen Gedenkgottesdienst mit einer folgenden Gedenkveranstaltung kombiniert, zu der – in Zusammenarbeit mit dem Institut für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum – als Redner deutsche Wissenschaftler, Publizisten oder Politiker eingeladen werden, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Genozid an den Armeniern beschäftigen oder die Forderung der Armenier für ein politisches Signal gegen die anhaltende Verleugnung unterstützen.

Die Gedenkfeierlichkeiten in diesem Jahr begannen mit einer Mahnwache an der Neuen Wache, der zentralen Gedenkstätte in Berlin „für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“. Um 15.30 Uhr begann der ökumenische Gedenkgottesdienst im Berliner Dom, der den Armeniern seine Türen schon einmal, vor zehn Jahren zum 80. Jahrestag des Genozids, geöffnet hatte. Der imperialen Bombastig des Raumes wurde die tiefe Schönheit der armenischen Liturgie, die vollendete Schlichtheit der Musik von Gomidas (sehr bewegend vorgetragen vom Hamburger April-Quartett) und die Konzentration der Zelebranten entgegengesetzt. Zu den armenischen Gebeten sowie der Enzyklika des Katholikos aller Armenier, die traditionell am 24. April in allen armenischen Kirchen verlesen wird, waren deutsche Übersetzungen vorbereitet, so dass auch die zahlreichen deutschen Besucher der Messe Anteil nehmen konnten. Der Ratspräsident der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Bischof Huber, hielt eine Gedenkansprache, in der er auf die deutsche Mitverantwortung für die armenische Tragödie hinwies: einerseits die Verstrickung der damaligen deutschen Reichsregierung, die den Völkermord an den Armeniern aus Rücksicht auf den osmanischen Bündnispartner im Krieg bereitwillig deckte, andererseits die Bemühungen gerade protestantischer Missionare, allen voran Johannes Lepsius, auf das Leid der Armenier aufmerksam zu machen und dagegen einzuschreiten. Daraus leitete Huber, wie mit ihm inzwischen eine Reihe von deutschen Intellektuellen, eine besondere deutsche Verantwortung auch in unseren Tagen ab, den Völkermord an den Armeniern nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Dem eindrucksvollen Gottesdienst im Dom folgte um 18 Uhr die Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses, zu der als Gastredner neben dem Historiker und Publizisten Michael Jeismann auch der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Walter Momper, eingeladen waren. Dieser Umstand – die vorgesehene Gedenkansprache Walter Mompers und die dezidiert politische Örtlichkeit des Berliner Landesparlaments –, welcher der besonderen Bedeutung dieses 90. Jahrestages und seiner Einbettung in einen breiteren öffentlichen Diskurs in Deutschland Rechnung trug, hat seine Wirkung nicht verfehlt: die türkische Presse reagierte darauf bereits im Vorfeld mit besonderer Heftigkeit.

Vartkes Alyanak, Vorstandsmitglied der Armenischen Gemeinde zu Berlin, bedankte sich in seiner Begrüßungsansprache bei den rund 600 Anwesenden, unter ihnen zahlreichen Abgeordneten des Landes Berlin sowie des Bundestages, Ministern, Wissenschaftlern und Künstlern, die gekommen waren, um „gemeinsam mit uns ein Zeichen [zu] setzen gegen die Leugnung und für die Erinnerung“ an den Völkermord an den osmanischen Armeniern vor 90 Jahren. Alyanak führte zunächst aus, dass dieses Jahr erstmals das armenische Gedenken in Deutschland unter dem Vorzeichen einer neuen und unerwarteten Sensibilisierung einer breiteren deutschen Öffentlichkeit stattfindet, nicht nur in bezug auf das Völkermordgeschehen selbst, sondern auch in bezug auf die „gesamte Problematik der Missachtung und Leugnung dieser Erfahrung durch die Türkei“, begleitet von einem „Erstaunen“ über die Duldung dieser Leugnung durch die Bundesrepublik Deutschland, gerade angesichts der deutschen Verstrickung in die Tragödie von 1915/16 einerseits und der beispielhaften deutschen Auseinandersetzung mit der eigenen genozidalen Vergangenheit andererseits. Eingehend auf den im Vorfeld des 24. April im Deutschen Bundestag diskutierten Antrag der CDU/CSU-Fraktion, der den Völkermord an den Armeniern zwar in klaren Worten beschreibt, dabei aber widersprüchlicherweise auf eine ebenso klare und völkerrechtlich einzig korrekte Benennung des Verbrechens als Genozid verzichtet, kritisierte er diese „Halbherzigkeit“, die er als „Konzession an die türkische Politik der

Leugnung“ charakterisierte. Alyanak ging aber über die Auseinandersetzung mit der Leugnung hinaus, indem er die Stellung der Erinnerung in der Gegenwart thematisierte. Eine politische Anerkennung des Genozids an den Armeniern sei auch in Deutschland nötig, um einer Versöhnung zwischen Armeniern und Türken den Weg zu bereiten und um dem armenischem Gemeinschaftsleben in Deutschland und Europa, für das die Erinnerung ein konstitutives Element des Alltags darstellt, eine Perspektive zu geben.

Walter Momper, selbst ausgebildeter Historiker, begann seine Rede mit einer knappen Zusammenfassung der Ereignisse von 1915, von der aus er überleitete zu einer Erklärung über die Bedeutung von Gedenken in „unserer Kultur“ als Lebendighalten der Opfer durch Erinnerung und als Mahnung gegen neue Verbrechen. Momper unterschied die Unschuld der nachgeborenen Generationen von ihrer „Verantwortung für die Gegenwart und für die Zukunft“ eben durch eine mutige und wahrhaftige Auseinandersetzung auch mit den dunklen Kapiteln der eigenen Geschichte. Damit wandte er sich entschieden gegen jeden Versuch der Leugnung, die von türkische Seite „immer auch der Versuch gewesen [ist], die armenische Identität auszulöschen“.

Mit Blick auf den türkischen Vorschlag einer gemeinsamen Historikerkommission fuhr er fort: „Natürlich muss Geschichte erforscht, aufgeklärt und dokumentiert werden, wenn man aus ihr lernen und Konsequenzen ziehen will. Der verantwortliche Umgang mit den Erkenntnissen und Lehren aus der Vergangenheit gehört zu den Voraussetzungen für einen verantwortlichen Umgang mit der Gegenwart und für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Der Ruf nach der historischen Forschung darf aber nicht zum Vorwand werden, sich dem Blick auf die Tatsachen und der politischen Verantwortung zu entziehen. Und im vorliegenden Fall sind die Tatbestände durch Augenzeugen, durch Akten und durch die Forschung ziemlich klar belegt. Wer das bestreitet oder leugnet, kennt entweder die Literatur nicht oder will die Spur des Völkermordes vertuschen.“

„In der Vergangenheit fast eines jeden Volkes“, so Momper weiter, „gibt es Epochen oder gibt es Ereignisse, die das Nationalbewusstsein belasten. Sie müssen ertragen und sie müssen bewältigt werden. Wie das geschieht ist ein Gradmesser für die politische Reife und die Souveränität eines Volkes und seines Gesellschaftssystems. Wer für die Darstellung historischer Tatsachen eintritt und sich an der Erforschung beteiligt, ist doch nicht ein Feind des betroffenen Volkes, im Gegenteil: Tatsachenforschung kann ein Beitrag dazu sein, Vorurteile und Vorverurteilungen zu vermeiden und zu entkräften. Wer sich dem widersetzt, schadet dem eigenen Volk, und wenn mehr als Million armenischer Menschen Opfer geworden sind und ihr Leben verloren haben, so gehört es schlicht zur historischen Gerechtigkeit, daran zu erinnern und der Opfer zu gedenken.“ Und Momper fügte hinzu: „Gerade wer ein Freund des türkischen Volkes ist, und ich selbst zähle mich ausdrücklich dazu, muss das Recht haben, die Ereignisse von 1915 und den folgenden Jahren klar zu benennen. Gerade, wer die Freundschaft mit den in Deutschland lebenden Menschen aus der Türkei als ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Element in unserem Lande ansieht und es auch fördern will, muss die Ergebnisse seriöser historischer Forschung zur Kenntnis nehmen. Es ist eine Tatsache, dass sich die ganz überwiegende Mehrheit der Historiker in aller Welt [...] inzwischen darin einig ist, dass es sich bei dem Geschehen vor 90 Jahren um einen Genozid, einen Völkermord handelt und eben nicht nur um die Auswirkung der damaligen Kriegereignisse.“ Momper erinnerte aber auch an die deutsche Beteiligung am Völkermord an den Armeniern und sagte dann: „Für diese Mitverantwortung bitten wir das armenische Volk um Verzeihung.“

Den Abschluss seiner Rede bildeten zwei Appelle. Zum einen wandte sich Momper entschieden gegen eine Instrumentalisierung der Vergangenheit gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Zum anderen rief er beide Seiten, die türkische wie die armenische, auf, in „einen möglichst vorurteilsfreien, friedlichen Dialog einzutreten“, nicht ohne vorher noch einmal bekräftigt zu haben: „Es ist nicht zum Schaden eines Volkes, sondern zu seinem Nutzen, wenn historische Fakten und Zusammenhänge aufgeklärt und klar benannt werden.“ Grundlage der Annäherung sei die „historische Wahrhaftigkeit“, ihr Ziel „Gerechtigkeit und Versöhnung“.

Im letzten Redebeitrag des Abends machte Michael Jeismann zunächst im Vergleich mit der Diskussion der Shoa in Deutschland auf die besonderen Schwierigkeiten der historischen Aufarbeitung des Völkermords an den Armeniern in der Türkei aufmerksam: „Es hat [...] mit einem Generationenbruch zu tun, wenn heute der Diskurs über den Holocaust anders verläuft als in der Zeit von vor 30, 20 Jahren etwa. Wenn dies nun in der Türkei nach 90 Jahren immer noch nicht möglich ist, dann liegt die Feststellung auf der Hand, dass es sich hier nicht um eine generationelle Frage handelt, sondern um die des Staatssystems und der politischen Ideologie.“ Er verwies außerdem auf

die Integration der einzelnen Nationalgeschichten in einen europäischen Rahmen, welcher die Anerkennung eigener Schuld und Verantwortung in Deutschland erleichtere.

Ausführlich legte Jeismann im folgenden die historischen Gründe dar, die Deutschland auch heute mit dem Schicksal der Armenier verbinde: der Duldung des Verbrechens durch das Deutsche Kaiserreich, die Verbindungen, die vom Völkermord an den Armeniern zum Nationalsozialismus führen, angefangen bei antiarmenischen Stereotypen in den Schriften maßgeblicher deutscher Politiker und populärer Schriftsteller der Zeit bis hin zu biographischen Kontinuitäten deutscher Offiziere, schließlich aber auch die Erinnerung an jene wenigen Deutschen, die ihre Stimme seinerzeit für die Armenier erhoben hatten. „Diese Gründe“, schloss Jeismann, „gehen uns in einer Weise an, dass die deutsche Politik von heute es bei guten Worten – so sie diese einmal unumwunden ausspräche – nicht belassen sollte. Es sollte jedenfalls nicht in Vergessenheit geraten, dass das europäische Parlament [...] 1987 den Genozid an den Armeniern anerkannt und eine entsprechende Selbstaufklärung der Türkei zur Bedingung eines künftigen Beitritts erklärt hat. Eine Selbstaufklärung der Türkei, das ist es glaube ich, was am erfolgversprechendsten wäre als Methode.“

Allerdings, so Jeismann, gebe es auch „gegenwärtige, existenzielle Gründe“ für eine Beschäftigung mit dem Völkermord an den Armeniern in Deutschland, die noch schwerer wiegen als die historischen. Jeismann argumentierte mit der Entstehungsgeschichte und den Motivationen für die Gründung der EU, der Hoffnung nämlich, durch die europäische Integration übersteigerte Nationalismen und die daraus resultierenden Kriege und Verwüstungen zu überwinden. In diesem Zusammenhang bezog er sich auf den aktuellen Kontext der derzeitigen Debatte um einen EU-Beitritt der Türkei.

Und, bezugnehmend auf die brandenburgische Schulbuchdebatte, die entfacht wurde durch den Versuch der Türkei, die Brandenburger Landesregierung mit diplomatischem Druck zu zwingen, den Verweis auf den Völkermord an den Armeniern wieder aus den Rahmenlehrplänen zu streichen, in die er erst jüngst aufgenommen worden war: „Man verwechselt, wie lange Zeit in der Bundesrepublik und wie lange Zeit vorher tatsächlich das Deutsche Reich, was tatsächlich unsere wohlverstandenen Interessen sind, wenn man zum Beispiel glaubt, den Genozid an den Armeniern nun mit Rücksicht auf die Türken aus Schulbüchern streichen zu müssen. Dabei [...] sollte genau das Gegenteil der Fall sein, mit Rücksicht auf die Türkei, mit Rücksicht auf Deutschland und mit Rücksicht auf Europa sollte man diese negative Vorgeschichte unserer europäischen Gemeinschaft in alle Schulbücher schreiben, und warum denn um Himmels willen nur in die Schulbücher Brandenburgs?“ Gerade mit Blick auf Deutschland erinnerte Jeismann daran, wie befreiend ein ehrlicher Umgang mit der eigenen Vergangenheit auch und gerade für die türkische Gesellschaft sein wird.

Das künstlerische Rahmenprogramm der Gedenkveranstaltung war auch dieses Jahr von hoher Qualität. Für die Rezitation von Gedichten von Krikor Beledian, Vahan Tekeyan und Ossip Mandelstam konnte einmal mehr Jutta Lampe gewonnen werden, eine der profiliertesten Theater- und Filmschauspielerinnen Deutschlands. Musikalisch wurden die Ansprachen umrahmt von der Metzzoosopranistin Anna Manasyants, die von Schuschan Hunanyan am Klavier begleitet wurde. Der Chor der Armenischen Gemeinde zu Berlin leitete die Veranstaltung mit einigen Liedern ein.

In Deutschland hat sich etwas bewegt. So deutlich wie dieses Jahr, so sehr eingebettet in einen innerdeutschen Diskurs, der das Thema des Völkermords an den Armeniern auch zu einer deutschen Angelegenheit macht, ist in diesem Land noch nie über das Schicksal der Armenier gesprochen worden. Daher sollte es Anspruch und Ziel der Armenier in Deutschland sein, das Interesse der deutschen Öffentlichkeit daran wach zu halten und es im Rahmen zukünftiger (Gedenk-) Veranstaltungen zu intensivieren.

Autor: S. Partamian